

Kreis Offenbach

Werner-Hilpert-Straße 1
63128 Dietzenbach



Kreis Offenbach

An die Mitglieder des Gremiums als Niederschrift,
allen anderen zur Kenntnisnahme.

Niederschrift

der 30. Sitzung des Gremiums

Kreistag

**am Mittwoch, 24.06.2020,
von 09:00 Uhr bis 14:00 Uhr**

**Ort: Capitol / Bürgerhaus Dietzenbach
Europaplatz 3, 63128 Dietzenbach**

Anwesenheitsliste:

Stimmberechtigte Mitglieder

Bernd Abeln
Maria Becht
Frank Berg
Claudia Bicherl
Thorsten Bonifer
Max Breitenbach
Helmut Butterweck
Lothar Fella
Hubert Gerhards
Stephan Gieseler
Christian Gött
Sabrina Grab-Achard
Karlheinz Habermann
Volker Horn
Clemens Jäger
Stefan Jaud
Jutta Kegelmann
Tobias Kraut
Dr. Alexander Krey
Thomas Lortz

Lars Neumann
Jutta Puntke
Mona Reusch
Michael Rickert
Hildegard Ripper
Helga Schmidt
Stefan Schmitt
Jutta Dahinten
Ingeborg Fischer
Dr. Jörg Friedrich
Kai Gerfelder
Cengiz Hendek
Tina Hobusch
Jürgen Hoffmann
Monika Hoppe
Jürgen Kaiser
Hidir Karademir
Werner Müller
Halil Öztas
Serpil Sarikaya
Gisela Schmalenbach
Anna-Kristina Schönbach
Ute Seib
Karl-Heinz Stier
Manfred Tilsner
Dieter Zimmer
Maik Zimmer
Marlies Dassinger
Heinrich Eckert
Hans Joachim Förster
Arno Groß
Eberhard Kiel
Franziska Köhler
Gerhard Lederer
Carola Nowak
Dr. Robert Rankl
Dr. Matthias Winter
Reimund Butz
Dr. Klaus-Uwe Gerhardt
Thomas Heilos
Anabelle Jäger

Werner Kremeier
Robert Müller
Maria Sator-Marx
Maria-Elisabeth Schefer
Andrea Wacker-Hempel
Karin Wagner
Dr. Daniell Bastian
Dr. Günter Gericke
Christoph Hampe
Tobias Kruger
Michael Schüßler
Jutta Schwarz
Natascha Bingenheimer
Jürgen Kraft
Dr. Jürgen Ries
Rudolf Schulz
Jeannette Hallmann
Jona Löbcke
Karl-Heinz Dauth
Heinz-Georg Sehring
Maximilian Mürger
Jochen Roos

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger
Kreisbeigeordneter Carsten Müller
Sonja Arnold
Holger Gros
Margrit Jansen
Norbert Schultheis
Bernd Vohl
Walter Winter
Heide Wolf

Gäste

Hüsamettin Eryilmaz

von der Verwaltung

Wigbert Appel

als Schriftführer

Entschuldigt:

Stimmberechtigte Mitglieder

Ismail Tipi
Walter Fontaine
Thomas Orth

Susann Guber

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Landrat Oliver Quilling

Heide Heß

Frank Lortz

René Rock

Zu Beginn der Kreistagssitzung gedenken Kreistag und Kreisausschuss dem verstorbenen Kollegen Wilfried Bodensohn und dem ehemaligen Kollegen Mathias Eichhorn.

Kreistagsvorsitzender Abeln würdigt die Verstorbenen:

Am 2. März 2020 ist unser langjähriger Kollege Wilfried Bodensohn im Alter von 65 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

Wilfried Bodensohn gehörte dem Kreistag Offenbach seit 2001 an und war Mitglied der CDU-Fraktion.

In dieser Zeit war er Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss.
Seit 2016 war Wilfried Bodensohn auch Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses.

Darüber hinaus gehörte Herr Wilfried Bodensohn der Schulkommission und dem Kreisjugendhilfeausschuss des Kreises Offenbach an und war von 2006 bis 2016 stellvertretendes Mitglied der Regionalen Planungsversammlung Südhessen.

In seiner Heimatstadt Mühlheim gehörte Wilfried Bodensohn von 1983 bis 2000 der Stadtverordnetenversammlung an und war seit 2000 als ehrenamtlicher Stadtrat Mitglied im Magistrat der Stadt Mühlheim.

Der Verstorbene hat sich in dieser Zeit mit aller Kraft in den verschiedensten Institutionen und Gremien zum Wohle der Kreisbevölkerung eingesetzt und durch seine Tatkraft und Erfahrung die Entwicklung unseres Kreises mitgestaltet.

Er hat sich um den Kreis Offenbach und seine Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht.

Für seine Verdienste wurde Wilfried Bodensohn bereits 2016 mit der Ehrenplakette des Kreises Offenbach ausgezeichnet.

Mit Wilfried Bodensohn haben wir eine allseits geschätzte und hochgeachtete Persönlichkeit verloren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

In Erinnerung an Winfried Bodensohn steht zur heutigen Sitzung auf einem Platz ein Foto und ein Blumengebinde.

Der Kreis Offenbach trauert auch um den ehemaligen Kollegen Herrn Mathias Eichhorn.

Erst vor wenigen Tagen haben wir die Nachricht erhalten, dass unser ehemalige Kollege Mathias Eichhorn bereits am 24. Februar 2020 verstorben ist.

Mathias Eichhorn war von 1972 bis 1977 und von 1985 bis 1996 Abgeordneter des Kreistages Offenbach und gehörte in dieser Zeit der SPD-Fraktion an.

Er war darüber hinaus Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss. Von 1989 bis 1993 war er Vorsitzender und von 1993 bis 1996 gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses. Dem Präsidium gehörte er von 1989 bis 1993 an.

Mathias Eichhorn war von 1989 bis 1996 auch Vertreter des Kreises in der Versammlung des Zweckverbandes Wasserversorgung in Stadt und Kreis Offenbach.

In seiner Heimatstadt Neu-Isenburg war Herr Eichhorn ebenfalls lange Jahre in den politischen Gremien tätig.

Herr Eichhorn wurde 1993 für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit mit der Ehrenplakette des Kreises Offenbach ausgezeichnet.

Mit Mathias Eichhorn haben wir eine allseits geschätzte und geachtete Persönlichkeit verloren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass Freud und Leid dicht beieinander liegen.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass seit der vergangenen Sitzung am 19. Februar 2020 einige Kolleginnen und Kollegen einen besonderen Geburtstag hatten.

Am 27. Februar 2020 konnte der Kollege Helmut Butterweck seinen 70. Geburtstag feiern.

Kreistagsvorsitzender Abeln gratuliert über die schriftlichen Glückwünsche hinaus nochmals im Namen des Kreistages zu diesem besonderen Geburtstag und wünscht ihm alles Gute, jedoch insbesondere Gesundheit, und überreicht ein kleines Präsent.

Er stellt fest, dass die Kollegin Maria Sator-Marx am 27. März 2020 einen besonderen Geburtstag feiern konnte, ebenso wie die Kreisbeigeordnete Sonja Arnold am 6. April 2020.

Kreistagsvorsitzender Abeln gratuliert über die schriftlichen Glückwünsche hinaus nochmals im Namen des Kreistages zu diesen besonderen Geburtstagen und wünscht ihnen alles Gute, jedoch insbesondere Gesundheit, und überreicht jeweils ein kleines Präsent.

Am 22. Mai 2020 konnten sowohl der Kollege Dr. Klaus-Uwe Gerhardt seinen 65. Geburtstag wie auch der Kreisbeigeordnete Bernd Vohl seinen 70. Geburtstag feiern.

Kreistagsvorsitzender Abeln gratuliert beiden über die schriftlichen Glückwünsche hinaus nochmals im Namen des Kreistages zu diesen besonderen Geburtstagen und wünscht ihnen alles Gute, jedoch insbesondere Gesundheit, und überreicht jeweils ein kleines Präsent.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass die Kollegin Hildegard Ripper am 31. Mai 2020 einen besonderen Geburtstag feiern konnte.

Er gratuliert über die schriftlichen Glückwünsche hinaus nochmals im Namen des Kreistages zu diesem besonderen Geburtstag und wünscht ihr alles Gute, jedoch insbesondere Gesundheit, und überreicht ein kleines Präsent.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass am 16. Juni 2020 der Kollege und stellvertretende Kreistagsvorsitzende Lothar Fella seinen 70. Geburtstag feiern konnte.

Er gratuliert über die persönlichen Glückwünsche am Geburtstag und im Haupt- und Finanzausschuss hinaus ihm im Namen des Kreistages zu diesem besonderen Geburtstag und wünscht ihm alles Gute, jedoch insbesondere Gesundheit.

Kreistagsvorsitzender Abeln eröffnet die heutige Kreistagssitzung und begrüßt alle Anwesenden hier an ungewohntem Ort im Capitol, dem Bürgerhaus der Stadt Dietzenbach.

Er weist darauf hin, dass aufgrund der Einschränkungen der Coronapandemie und der damit verbundenen Abstandsregelungen die Kreistagssitzung in das Capitol verlegt werden musste.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass allerdings nur maximal 100 Personen hier im großen Saal sitzen dürfen.
Dies bedeutet, dass nur die Kreistagsabgeordneten und die Mitglieder des Kreisausschusses hier im Saal sein können.

Um der Presse und der interessierten Bevölkerung die Teilnahme an unserer Kreistagssitzung zu ermöglichen, übertragen wir erstmals die Sitzung zeitgleich mit Bild und Ton in einen benachbarten Saal hier im Bürgerhaus.

Kreistagsvorsitzender Abeln begrüßt daher nochmals besonders die Pressevertreter, die auch in diesen schwierigen Zeiten die Arbeit des Kreistages begleiten; und auch die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer werden noch einmal besonders begrüßt.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass die heutige Kreistagssitzung von 3 Fernsehtams, komplett bzw. teilweise, aufgezeichnet wird.

Es sind der OF-TV, der ja schon 2016 Kreistagssitzungen aufgezeichnet hatte, sowie Sat 1 und der Hessische Rundfunk.

Mit Schreiben vom 10. Juni 2020 hat Herr Murmann von Sat 1 beantragt, die Beratung des Tagesordnungspunktes „Mainfähre Mühlheim“ in der Kreistagssitzung aufzuzeichnen.

Am 16. Juni 2020 hat Herr Jaschek von OF-TV beantragt, die komplette Kreistagssitzung am 24. Juni 2020 entsprechend aufzuzeichnen.

Am 22. Juni hat dann auch Herr Schneider vom Hessischen Rundfunk beantragt, die Beratung des Tagesordnungspunktes „Mainfähre Mühlheim“ in der Kreistagssitzung aufzuzeichnen.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass er allen drei Fernsehteams die Genehmigung erteilt hat, die Kreistagssitzung unter Einhaltung der in § 12 a der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen aufzunehmen.

Er stellt fest, dass die Kameras auf der Tribüne fest installiert sind und die Aufzeichnung der Kreistagssitzung in Richtung Podium erfolgt.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist ausdrücklich darauf hin, dass jedes Mitglied des Kreistages gemäß § 12 a Absatz 5 unserer Geschäftsordnung die Möglichkeit hat, der Übertragung / Aufzeichnung seines Bildes und Wortes zu widersprechen und jederzeit die Abschaltung des Aufnahmegerätes verlangen kann.

Sofern ein Mitglied des Kreistages widerspricht, wird die Übertragung / Aufzeichnung seines Redebeitrages gestoppt.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass per E-Mail vom 3. Juni 2020 zu dieser Kreistagssitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Darüber hinaus wurde allen, die es gewünscht haben, auch weiterhin die Einladung und die Unterlagen in schriftlicher Form per Post zugesandt.

Im Nachgang zu dieser Einladung wurden Ihnen per Mail vom 19. Juni 2020 noch der Sitzplan und die Hinweise für Sitzungen im Capitol/Bürgerhaus nachgesandt.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist noch einmal auf diese Hygienevorschriften hin, bittet die Mitglieder des Kreistages, auch im Interesse ihrer Gesundheit, die Hinweise und insbesondere die Mund-Nase-Schutz Pflicht zu beachten sowie den Mindestabstand einzuhalten.

Die Veröffentlichung der heutigen Sitzung erfolgte gemäß der Hauptsatzung in der Offenbach-Post vom 5. Juni 2020.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass für den verstorbenen Kollegen Wilfried Bodensohn inzwischen entsprechend dem Wahlvorschlag der CDU Herr Thorsten Bonifer aus Seligenstadt in den Kreistag nachgerückt ist.

Er führt Herrn Thorsten Bonifer in sein Amt ein und wünscht eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Offenbach.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass die Tagesordnung mit den Punkten 1 bis 35 vorliegt.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass als Tischvorlage zur heutigen Sitzung ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD „Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht akzeptabel“ auf den Tischen ausliegt.

Abgeordneter Schmitt begründet die Dringlichkeit.

Abgeordneter Kiel widerspricht der Dringlichkeit.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt über die Dringlichkeit des Antrages „Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht akzeptabel“ abstimmen.

Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, FW, FL-NEV, Die Linke, dagegen die AfD-Fraktion, Die ALO-Fraktion enthält sich der Stimme.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass damit die Tagesordnung der heutigen Sitzung um

Tagesordnungspunkt 36

„Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht akzeptabel“
Vorlage: 1253/2020 – Antrag CDU und SPD

ergänzt ist.

Abgeordneter Sehring stellt für die Fraktion FL-NEV den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 17 „Fortsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung in der Region Rhein-Main“ zur erneuten Beratung in die Fachausschüsse zurück zu verweisen.

Abgeordneter Werner Müller widerspricht diesem Geschäftsordnungsantrag.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, FW, Die Linke und ALO, gegen die Stimmen der Fraktion FL-NEV, den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion FL-NEV ab.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass damit der Tagesordnungspunkt 17 auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung verbleibt.

Gegen die Tagesordnung werden keine weiteren Einwände erhoben.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt die Tagesordnung daher als genehmigt fest.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass zu Tagesordnungspunkt 4 „Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses am 8. Mai 2020 gemäß § 30a HKO“ mit der Einladung das Protokoll dieser Sitzung zugesandt wurde.

In dieser Niederschrift sind alle Beschlüsse aufgeführt, die der Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 30a HKO anstelle des Kreistages beschlossen hat.

Er informiert darüber, dass bisher keine Einwände dagegen vorgebracht wurden, dass der Haupt- und Finanzausschuss diese Beschlüsse gemäß § 30a HKO gefasst hat und auch nicht gefordert wurde, dass der Kreistag sich erneut mit diesen Vorlagen befassen müsse.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt daher fest, dass die vom Haupt- und Finanzausschusses am 8. Mai 2020 gemäß § 30a HKO gefassten Beschlüsse rechtmäßig sind.

Kreistagsvorsitzender Abeln erklärt, dass sich bezüglich der Tagesordnungspunkte 5 bis 9, das sind die vom Kreistag vorzunehmenden Wahlen bzw. Benennungen, im Präsidium und im Haupt- und Finanzausschuss Einvernehmen bestand, diese Punkte ohne Aussprache zu behandeln.

Außerdem sollen diese 5 Tagesordnungspunkte gemeinsam behandelt und en bloc offen per Akklamation abgestimmt werden.

Der Kreistag stimmt diesem Verfahren einstimmig zu.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt daher über diese 5 Vorlagen, Drucksachen 1147/2020, 1148/2020, 1181/2020, 1219/2020 und 1226/2020 abstimmen.

Der Kreistag stimmt einstimmig diesen 5 Vorlagen zu und wählt die in den Vorlagen genannten Personen in

- den Beirat der KOREAL Ost GmbH & Co. KG
- die Betriebskommission des Eigenbetriebes Rettungsdienst
- die Schulkommission
- den örtlichen Beirat gem. § 18d SGB II bzw.
- zur stellvertretenden Schriftführerin des Kreistages

(Die beschlossenen Drucksachen und gewählten Personen werden unabhängig vom Zeitpunkt der Beschlussfassung bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten nochmals detailliert aufgeführt.)

Kreistagsvorsitzender Abeln gratuliert persönlich und namens des Kreistages Frau Carina Orzechowsky zur Wahl als stellvertretende Schriftführerin des Kreistages.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass zu Tagesordnungspunkt 11 „Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan“, einer Vorlage des Kreisausschusses, als Tischvorlage ein Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD und ein Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion ausliegen.

Er weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 16 „Mainfähre Mühlheim“, einer Vorlage des Kreisausschusses, als Tischvorlage ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, FW und Die Linke ausliegt, der den im Fachausschuss eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ersetzt.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass darüber hinaus hierzu als Tischvorlage auch noch ein Änderungstrag der FDP-Fraktion ausliegt.

Abgeordneter Roos stellt für die ALO-Fraktion den Tagesordnungspunkt 22 „Möglichkeiten der Telemedizin zur Unterstützung der Seuchenvorbeugung im Kreis Offenbach“, den Tagesordnungspunkt 23 „Unterstützung der Einführung von Mobile Retter Apps durch den Kreis“ sowie den Tagesordnungspunkt 24 „Berichts Antrag zu Engpässen bei Hygieneartikeln im Landkreis im Rahmen der Verbreitung des Coronavirus“ bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurück.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 25 „Verzicht auf Laubbläser“ als Tischvorlage ein geänderter Antrag der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen ausliegt.

Zu Tagesordnungspunkt 26 „Einführung to-go Mehrwegbecher“, ein Antrag der FDP-Fraktion, wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Fachausschuss ein Änderungsantrag eingebracht, der in der Drucksache Abteilung III abgedruckt ist.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 27 „Richtlinie schulische Teilhabeassistenz“, ein Antrag der Fraktion Die Linke, im Rahmen der Ausschussberatung bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt wurde.

Er stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 28 „Satzung Gebühren für Unterbringung nach dem LAG“, ein Antrag der Fraktion Die Linke, im Rahmen der Ausschussberatung zurückgezogen wurde.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 29 „Resolution zum Gesetz betreffend Ausländerbeiräte“ als Tischvorlage ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke ausliegt, der den Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und den im Fachausschuss eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ersetzt.

Er stellt fest, dass darüber hinaus hierzu als Tischvorlage auch noch ein Änderungstrag der FDP-Fraktion ausliegt.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass der Vorsitzende des Kreisausländerbeirates, Herr Hüsamettin Eryilmaz, darum gebeten hat, zu diesem Tagesordnungspunkt für den Kreisausländerbeirat eine Stellungnahme abgeben zu können.

Er stellt fest, dass diesem Wunsch des Ausländerbeirates bisher immer entsprochen wurde.

Der Kreistag ist einstimmig damit einverstanden, dass Herr Hüsamettin Eryilmaz zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort erteilt wird, um für den Kreisausländerbeirat eine Stellungnahme abgeben zu können.

Abgeordneter Butz zieht für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag „Kreis Offenbach ist international“, Tagesordnungspunkt 30, zurück.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass damit auch die zur heutigen Sitzung als Tischvorlage vorgelegten Änderungsanträge der ALO-Fraktion bzw. der AfD-Fraktion erledigt sind.

Abgeordneter Roos stellt für die ALO-Fraktion den Tagesordnungspunkt 31 „Ergänzungsantrag zur Geschäftsordnung“ bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurück.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 32 „Gedenken an den 8. Mai 1945“, ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, im Rahmen der Ausschussberatung so lange zurückgestellt wurde, bis der vom Kreisausschuss zugesagte Sachstandsbericht hierzu vorgelegt wird.

Abgeordneter Löbcke zieht für die Fraktion Die Linke den Antrag „Beendigung der Regionenpartnerschaft mit dem polnischen Powiat Radomszczanski“, Tagesordnungspunkt 33, zurück.

Abgeordneter Roos stellt für die ALO-Fraktion den Tagesordnungspunkt 34 „Vorbereitung von COVID19-Reihentests durch den Katastrophenschutz des Kreises Offenbach“ bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurück.

Nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden und auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses werden die Tagesordnungspunkte 10, 13, 14 und 15 auf die Tagesordnung II überstellt.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt über die auf die TO II überstellten Drucksachen in der Fassung des Haupt- und Finanzausschusses, wie sie heute als Drucksache Abteilung III ausliegen, abstimmen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die auf die TO II überstellten Drucksachen.

(Die beschlossenen Drucksachen werden unabhängig vom Zeitpunkt der Beschlussfassung gemäß der Reihenfolge in der Tagesordnung der Kreistagssitzung aufgeführt.)

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 19. Februar 2020 bisher keine Einwände erhoben wurden und stellt diese damit als genehmigt fest.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung gibt Kreistagsvorsitzender Abeln noch folgende Hinweise:

Obwohl wir soeben einige Punkte abgestimmt haben, haben wir immer noch eine sehr umfangreiche Tagesordnung.

Darüber hinaus liegen als Tischvorlage eine ganze Reihe von Änderungsanträgen aus, die nicht in den Fachausschüssen bzw. im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden konnten.

Die Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden zu Beginn der heutigen Sitzung war aufgrund der Coronaeinschränkungen leider nicht möglich.

Ich werde des Öfteren eine kleine Pause machen, damit wir die Türen und Fenster öffnen und den Sitzungssaal durchlüften können.

Getränke stehen auf Ihren Plätzen, diese werden auch in den Pausen wieder aufgefüllt.

Ein gemeinsames Mittagessen ist nicht vorgesehen.

Wir haben uns im Präsidium darüber verständigt, dass wir gegen 14:00 Uhr schauen, wie weit wir gekommen sind und dann entscheiden, wie wir weiter verfahren werden.

Es liegt an uns, wie lange wir brauchen.

Bevor wir nun in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich noch einmal auf die Einschränkungen durch die Coronapandemie hinweisen und Sie bitten, diese zu beachten und insbesondere den Mindestabstand zu wahren.

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil:**

- TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden
- TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses
- TOP 3 Beantwortung von Anfragen
- TOP 4 Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 8. Mai 2020 gemäß § 30a HKO
- Ergänzungsbeschluss zum § 4 zur HH-Satzung der Jahre 2020/2021 des Kreises Offenbach, Drucksache Nr. 1190/2020
 - Übertragung von Aufgaben an den/die Kämmerer/in gemäß § 103 Abs. 1 HGO, Drucksache Nr. 1157/2020
 - Verkauf der Grundstücke des ehemaligen Kreisjugendheims Affhöllerbach, Drucksache Nr. 1191/2020
 - Investitionen in Betreuungseinrichtungen, Drucksache Nr. 1146/2020
- TOP 5 KOREAL Ost GmbH & Co KG
Nachbenennung eines stellvertretenden Mitgliedes der SPD-Kreistagsfraktion in den Beirat
Vorlage: 1147/2020 Kreisausschuss
- TOP 6 Eigenbetrieb Rettungsdienst
Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes
Vorlage: 1148/2020 Kreisausschuss
- TOP 7 Schulkommission des Kreises Offenbach
Nachwahl einer Stellvertreterin / eines Stellvertreters
Vorlage: 1181/2020 Kreisausschuss
- TOP 8 Umsetzung des Sozialgesetzbuches II (SGB II)
Örtlicher Beirat gem. § 18 d (SGB II)
Vorlage: 1219/2020 Kreisausschuss
- TOP 9 Nachwahl einer Schriftführerin für den Kreistag
Vorlage: 1226/2020 Kreisausschuss
- TOP 10 Ausgleichszahlungen für Betreuungsangebote von Grundschulkindern nach § 15 HSchG aufgrund der angeordneten Schließung von Schulen und Betreuungsangeboten
Vorlage: 1234/2020 Kreisausschuss
- TOP 11 Stellungnahme des Kreises im Beteiligungsverfahren gemäß § 4 (3) Satz 2 des Hessischen Landesplanungsgesetz (HLPG) zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000
Vorlage: 1150/2020 Kreisausschuss
- TOP 12 Schulorganisationsänderung
Sprachheilförderung für das östliche Kreisgebiet
Vorlage: 1156/2020 Kreisausschuss
- TOP 13 Erweiterung Schulstandort Geschwister-Scholl-Schule, Langen
Vorlage: 1218/2020 Kreisausschuss

- TOP 14 Erweiterung der Schule am Goldberg in Heusenstamm
Vorlage: 1225/2020 Kreisausschuss
- TOP 15 Erweiterung der Münchhausen-Schule Rodgau
Vorlage: 1237/2020 Kreisausschuss
- TOP 16 Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim
Beendigung des Fährbetriebs
Vorlage: 1235/2020 Kreisausschuss
- TOP 17 Fortsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
Abfallentsorgung in der Region Rhein-Main
Vorlage: 1205/2020 Kreisausschuss
- TOP 18 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie
Elternbeiträge in der Kindertagespflege
Vorlage: 1227/2020 Kreisausschuss
- TOP 19 Schulsanierung hier: Berichterstattung
Vorlage: 1164/2020 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 20 Plastikvermeidung an Schulen
Vorlage: 1162/2020 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 21 Korruptionsbekämpfung
Transparenz mit Vertragspartnern
Vorlage: 1163/2020 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 22 Möglichkeiten der Telemedizin zur Unterstützung der Seuchenvorbeugung im Kreis
Offenbach
Vorlage: 1158/2020 ALO
- TOP 23 Unterstützung der Einführung von Mobile Retter Apps durch den Kreis
Vorlage: 1160/2020 ALO
- TOP 24 Berichts Antrag zu Engpässen bei Hygieneartikeln im Landkreis im Rahmen der
Verbreitung des Coronavirus
Vorlage: 1159/2020 ALO
- TOP 25 Verzicht auf Laubbläser
Vorlage: 1165/2020 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 26 Einführung eines „to-go“-Mehrwegbecher-Pfandsystems im Kreis Offenbach
Vorlage: 1166/2020 FDP
- TOP 27 Einführung einer Richtlinie für die Verfahrensweise bei der Antragsbearbeitung zur
schulischen Teilhabeassistenz im Kreis Offenbach
Vorlage: 0978/2019 Die Linke
- TOP 28 Änderung der Satzung des Landkreises Offenbach über die Erhebung von
Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz
(LAG)
Einführung einer Härtefallregelung
Vorlage: 1168/2020 Die Linke

- TOP 29 Resolution gegen die Entmündigung migrantischer Mitbürger*innen!
Vorlage: 1241/2020 Die Linke
- TOP 30 Der Kreis Offenbach ist international: Gegen Extremismus und für Weltoffenheit
Vorlage: 1161/2020 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 31 Ergänzungsantrag zur Geschäftsordnung
Bürgerfragen im Kreistag
Vorlage: 1167/2020 ALO
- TOP 32 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung
Erinnerungskultur im Kreis Offenbach wachhalten
Eine Ausstellung über Krieg und Verfolgung im Kreis Offenbach
Vorlage: 1238/2020 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 33 Beendigung der Regionenpartnerschaft mit dem polnischen Powiat
Radomszczanski (Kreisstadt: Radomsko)
Vorlage: 1236/2020 Die Linke
- TOP 34 Vorbereitung von COVID19-Reihentests durch den Katastrophenschutz des Kreises
Offenbach
Vorlage: 1239/2020 ALO
- TOP 35 Digitales Lernen im Kreis Offenbach – Bildungsgerechtigkeit während und nach
Corona
Vorlage: 1240/2020 FDP
- TOP 36 Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht akzeptabel
Vorlage: 1253/2020 CDU und SPD

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt folgende Mitteilungen:

Terminplan Kreistag 2021

Der Terminplan für den Kreistag für das Jahr 2021 wurde vom Präsidium in seiner Sitzung am 19. Juni 2020 beschlossen und liegt im Foyer zur Mitnahme bereit.

In diesem Terminplan sind auch die Termine für die Fachausschusssitzungen enthalten.

Ich weise darauf hin, dass dieser Terminplan auch die Termine für die am 1. April 2021 beginnende neue Wahlperiode enthält.

Der neue Kreistag kann dann selbst über seine Termine bestimmen, jedoch wurden die Terminvorschläge bisher immer übernommen.

Kreisbereisung am 25. September 2020

In der Präsidiumssitzung am 19. Juni 2020 haben sich alle Fraktionen darauf verständigt, dass die für Freitag, den 25. September 2020 vorgesehene Kreisbereisung aufgrund der Coronapandemie ersatzlos gestrichen wird.

TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass die nachfolgenden Mitteilungen des Kreisausschusses entsprechend der Absprache im Präsidium bereits in schriftlicher Form zur heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden:

Änderung der KIP II Prioritätenliste

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 4. Mai 2020 eine Änderung der KIP II Prioritätenliste beschlossen.

Aus der beschlossenen Prioritätenliste der für das Kommunale Investitionsprogramm KIP II bei der WIBank angemeldeten Projekte wurden folgende sechs Vorhaben ersatzlos gestrichen:

- Kreuzburgschule, Hainburg (Sanierung Fassade -Eternit)
- Wallschule, Langen (Dachsanierung)
- Friedrich-Ebert-Schule, Mühlheim (Dachsanierung Haus 4)
- Adolf-Reichwein-Schule, Langen (Fassaden- und Dachsanierung)

- August-Bebel-Schule, Offenbach (Lüftung Turnhalle)
- Astrid-Lindgren-Schule, Dietzenbach (Sanierung Turnhalle, Fenster, Fassade, Lüftung)

Die freigesetzten Fördermittel werden zur Kostendeckung der Mehrkosten bei den verbleibenden Maßnahmen eingesetzt.

Die Änderungen wurden der WIBank auf Grundlage des „Rahmenvertrages zur Komplementärfinanzierung KIP Schule“ vom 11.12.2017 sowie der „Zuschussvereinbarung KIP Schule“ vom 11.12.2017 gemeldet.

Neuaufnahme und Umschuldung von Kommunalkrediten

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2020 ein Darlehen mit einer mit einer Restschuld in Höhe von 1.985.481,14 zum 30.06.2020 umgeschuldet.

Der Zinssatz für das Darlehen wurde bis Ende der Laufzeit (30.06.2031) auf 0,13 % p.a. festgelegt.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 30 a HKO am 8. Mai 2020 wurde dem Kämmerer des Kreises die Aufgabe übertragen, Investitionskredite mit Minuszinsen aufzunehmen bzw. zu prolongieren.

Gemäß dieser Ermächtigung hat Herr Kreisbeigeordneter Müller zum 8. Juni 2020 einen Kommunalkredit mit einer Restschuld in Höhe von 14.698.500,00 Euro mit einer Laufzeit bis zum 8. Juli 2020 umgeschuldet.

Der Zinssatz für diesen Kredit beträgt -0,31 % p.a. bis zum Ende der Laufzeit.

Hinweis auf Veröffentlichungen

Im Foyer liegen weitere Berichte, Broschüren und Einladungen zur Mitnahme bereit.

Das Informationsangebot reicht von

- Ausgabe 2/20 der Informationsschrift „Landkreistag – Kompakt“ bis zur
- Ausgabe 51 der offiziellen Mitteilungen „SPORT in Stadt und Kreis Offenbach“

TOP 3 Beantwortung von Anfragen

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass die eingereichten parlamentarischen Anfragen und die Antworten des Kreisausschusses für die heutige Kreistagssitzung den Fraktionen entsprechend der Vereinbarung im Präsidium bereits vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in elektronischer Form zugestellt wurden.

Die Anfragen Nr. 220 bis 227 und die dazugehörigen Antworten des Kreisausschusses liegen heute auch nochmals in gedruckter Form im Foyer aus.

Abgeordneter Heilos stellt zur Beantwortung der Anfrage A 225 folgende Nachfrage:

Die Fragen 1 und 2 bezogen sich direkt Gemeinschaftsunterkünfte, diese sind auch beantwortet. Mit der Frage 3 wollten wir wissen, welche präventive Maßnahmen betreffend der Corona-Pandemie für andere Wohnformen, in denen viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, getroffen werden.

Die Fragen 3 und 4 bezog sich auch auf andere Wohnformen, in denen viele Menschen leben bzw. viele Arbeitnehmer (z.B. für Wurstfabriken, Baufirmen ...) auf engstem Raum untergebracht werden. Wir bitten, diese Antworten nachzureichen.

Kreisbeigeordneter Müller beantwortet die Nachfrage und stellt fest, dass der Kreisausschuss, wie auch in der schriftlichen Beantwortung ausgeführt, davon ausgegangen ist, dass sich die Fragen 3 und 4 ebenfalls auf Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge beziehen.

Er weist daraufhin, dass die jetzt genannten Unterkünfte in die Zuständigkeit der Bauaufsicht fallen und sagt zu, diese Fragen entsprechend weiterzuleiten.

TOP 4 Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 8. Mai 2020 gemäß § 30a HKO

- **Ergänzungsbeschluss zum § 4 zur HH-Satzung der Jahre 2020/2021 des Kreises Offenbach, Drucksache Nr. 1190/2020**
- **Übertragung von Aufgaben an den/die Kämmerer/in gemäß § 103 Abs. 1 HGO, Drucksache Nr. 1157/2020**
- **Verkauf der Grundstücke des ehemaligen Kreisjugendheims Affhöllerbach, Drucksache Nr. 1191/2020**
- **Investitionen in Betreuungseinrichtungen, Drucksache Nr. 1146/2020**

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass mit der Einladung das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 8. Mai 2020 gemäß § 30a HKO“ zugesandt wurde.

In dieser Niederschrift sind alle Beschlüsse aufgeführt, die der Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 30a HKO anstelle des Kreistages beschlossen hat.

Kreistagsvorsitzender Abeln informiert darüber, dass bisher keine Einwände dagegen vorgebracht wurden, dass der Haupt- und Finanzausschuss diese Beschlüsse gemäß § 30a HKO gefasst hat und auch nicht gefordert wurde, dass der Kreistag sich erneut mit diesen Vorlagen befassen müsse.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt daher fest, dass die vom Haupt- und Finanzausschusses am 8. Mai 2020 gemäß § 30a HKO gefassten Beschlüsse rechtmäßig sind.

**TOP 5 KOREAL Ost GmbH & Co KG
Nachbenennung eines stellvertretenden Mitgliedes der SPD-Kreistagsfraktion
in den Beirat
Vorlage: 1147/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

Herrn Kai Gerfelder

als stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion für den Beirat der KOREAL Ost GmbH & Co. KG

nachbenennen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und benennt Herrn Kai Gerfelder als stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion für den Beirat der KOREAL Ost GmbH & Co. KG nach.

**TOP 6 Eigenbetrieb Rettungsdienst
Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes
Vorlage: 1148/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge beschließen:

Frau Ute Seib wird als persönliche Stellvertreterin für Herrn Dieter Zimmer in die Betriebskommission des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Kreises Offenbach nachgewählt.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und wählt Frau Ute Seib als persönliche Stellvertreterin für Herrn Dieter Zimmer in die Betriebskommission des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Kreises Offenbach nach.

**TOP 7 Schulkommission des Kreises Offenbach
Nachwahl einer Stellvertreterin / eines Stellvertreters
Vorlage: 1181/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

1 Stellvertreter/in

für Frau Grab-Achard in die Schulkommission des Kreises Offenbach nachwählen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und wählt Herrn Hubert Gerhards als Stellvertreter für Frau Grab-Achard in die Schulkommission des Kreises Offenbach nach.

**TOP 8 Umsetzung des Sozialgesetzbuches II (SGB II)
Örtlicher Beirat gem. § 18 d (SGB II)
Vorlage: 1219/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge beschließen:

Mit Wirkung vom 01.07.2020 werden in den Örtlichen Beirat gem. § 18 d SGB II neu berufen:

1. ordentliche Mitglieder
 - Herr Werner Friedrich für den VDK
2. stellvertretende Mitglieder
 - Herr Bernd Koop für den VDK
 - Herr Kilian Klinger (FD Arbeitsmarkt und Option) für den Kreis Offenbach

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 9 Nachwahl einer Schriftführerin für den Kreistag
Vorlage: 1226/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge

Frau Carina Orzechowsky als stellvertretende Schriftführerin

des Kreistages Offenbach und seiner Fachausschüsse

wählen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses und wählt Frau Carina Orzechowsky als stellvertretende Schriftführerin des Kreistages Offenbach und seiner Fachausschüsse nach.

**TOP 10 Ausgleichszahlungen für Betreuungsangebote von Grundschulkindern nach § 15 HSchG aufgrund der angeordneten Schließung von Schulen und Betreuungsangeboten
Vorlage: 1234/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreis leistet Ausgleichszahlungen für ungedeckte Kosten an Träger von Betreuungsangeboten nach § 15 HSchG, die aufgrund des Aussetzens von Gebühren und Essensgeldern wegen der seit 13.03.2020 angeordneten Schließung von Schulen und Betreuungen entstanden sind.

Einen Anspruch auf Ausgleichszahlungen haben nur Träger von Betreuungsangeboten nach § 15 HSchG, die unter die Aufsicht des Kreises fallen und deren Standortkommune die kommunalen Zuschüsse für die Betreuungsangebote in der vor der Krise zugesagten Höhe bei den Trägern belassen.

Keinen Anspruch haben Angebote, die sonstige Dienstleistungen für Grundschulkindern erbringen, wie Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe, private Betreuungsangebote oder Ähnliches.

Die Ausgleichszahlungen sind vorgesehen für den Zeitraum der Corona-bedingten Einnahmeausfälle ab dem 13.03.2020, befristet bis 31.07.2020.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 11 Stellungnahme des Kreises im Beteiligungsverfahren gemäß § 4 (3) Satz 2 des Hessischen Landesplanungsgesetz (HLPG) zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000
Vorlage: 1150/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der beigefügten Stellungnahme des Kreises Offenbach zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 vom 26.02.2020 wird zugestimmt.

Abgeordneter Werner Müller hat im Haupt- und Finanzausschuss folgenden Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vorgelegt:

Der Kreistag beschließt die beigefügte Stellungnahme des Kreises Offenbach zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 vom 26.02.2020 folgendermaßen zu ergänzen:

„Es wird angeregt, den Mindestdichtewert für den Ballungsraum Rhein Main ersatzlos zu streichen. Stattdessen können für die Kommunen im Ballungsraum die Dichtewerte entsprechend ihrer Lage im Strukturraum und ihrer zentralörtlichen Einstufung verwendet werden.

Nach Ziel 4.2.1-5 der 4. Änderung des LEP ist der Ballungsraum Frankfurt/Rhein Main jedoch kein eigens definierter Strukturraum. Seine Gebietsabgrenzung ergibt sich „systemfremd“ -durch das Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein Main. Mit der Einführung einer neuen Kategorie für die Dichtewerte im Ballungsraum Frankfurt/Rhein Main bleiben strukturelle Unterschiede vollkommen unberücksichtigt. Vorgaben von Mindestdichtewerten in der Größenordnung von mindestens 40 Wohneinheiten pro Hektar sind im Einklang mit der bereits ansässigen Bevölkerung im verdichteten oder im ländlichen Raum nicht umsetzbar. Die Wahrung dörflicher Strukturen sowie der Erhalt der typischen architektonischen Kulisse sind bei den genannten Dichtewerten genauso unmöglich, wie die Sicherung der heterogenen Beschaffenheit des Ballungsraums Frankfurt/Rhein Main.

Abgeordneter Robert Müller legt, wie im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt, folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor:

Der letzte Abschnitt der Stellungnahme des Kreisausschusses wird wie folgt geändert:

Um den Flächenwert zu verringern, sind in der nachfolgenden Planungsebene konkrete Überlegungen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Luftreinhaltung und Lärminderung zu berücksichtigen.

Abgeordneter Krüger legt, wie im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt, folgenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die bereits am 26.02.2020 gegenüber dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen abgegebene Stellungnahme (Zeichen 63-00597-20-88) des Kreises Offenbach zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 wie folgt förmlich zu ergänzen bzw. abzuändern:

Seite 2 von 3, letzter Absatz: (Ergänzungen in **Fettdruck**)

„Die im Entwurf des LEP 2020 insbesondere auf den Seiten 24-27 getätigten Aussagen zur Mobilitätsentwicklung sowie zur Vernetzung von Grünzügen (Regionalparkkonzepte) werden ausdrücklich begrüßt. Für den Ballungsraum Frankfurt-Rhein/Main ist das Vorhandensein leistungsfähiger Verkehrssysteme unabdingbar. Insbesondere der Ausbau des ÖPNV und dessen **Vernetzung mit dem motorisierten Individualverkehr (inkl. Park+Ride)** sowie mit dem Fuß- und Radverkehr (**inkl. Bike+Ride**) wird eine zunehmend wichtigere Rolle **in Form eines intelligenten Verkehrsmix** spielen. Der Anteil **letztgenannter Verkehrsträger** ist, sowie als Ziel formuliert, zu erhöhen.“

[...]

2. Überdies stimmt der Kreistag der vom Kreisausschuss bereits am 26.02.2020 gegenüber dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen abgegebenen Stellungnahme des Kreises Offenbach zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 nachträglich zu.

Erste Kreisbeigeordnete Jäger erläutert die Vorlage des Kreisausschusses und ändert die Formulierung des letzten Absatzes der Stellungnahme des Kreises im Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 3 S. 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2020 wie folgt:

„*Um negative Effekte bei der Ausdehnung der Siedlungsflächeninanspruchnahme zu minimieren*, sind in der nachfolgenden Planungsebene konkrete Überlegungen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Luftreinhaltung und Lärminderung zu berücksichtigen.“

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen zur Vorlage des Kreisausschusses abstimmen.

Zuerst wird über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen abgestimmt.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gegen die Stimmen den Fraktionen von AfD, FDP, FW, FL-NEV und ALO, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt anschließend über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und FL-NEV gegen die Stimmen den Fraktionen von AfD, Bündnis 90/ Die Grünen, FW, Die Linke und ALO, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt danach über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD abstimmen.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP, FL-NEV und ALO gegen die Stimmen den Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und FW, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke und ALO, den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt nun über die Vorlage des Kreisausschusses in der durch die beschlossenen Änderungsanträge geänderten bzw. ergänzten abstimmen.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP, FL-NEV, Die Linke und ALO gegen die Stimmen den FW-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, die Vorlage des Kreisausschusses.

Die beschlossene Stellungnahme des Kreises im Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 3 S. 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2020 ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt und Bestandteil dieser Niederschrift.

**TOP 12 Schulorganisationsänderung
Sprachheilverbesserung für das östliche Kreisgebiet
Vorlage: 1156/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Die Abteilung mit dem Förderschwerpunkt Sprachheilverbesserung (Grundstufe einschl. Vorklasse) an der Konrad-Adenauer-Schule (Grundschule) in Seligenstadt wird zum Ende des Schuljahres 2020/21 aufgehoben.

Zum Schuljahresbeginn 2021/22 wird an der Don-Bosco-Schule in Seligenstadt (Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen) ergänzend der Förderschwerpunkt Sprachheilverfahren (Grundstufe einschl. Vorklasse) eingerichtet. Die Zuständigkeit erstreckt sich analog zum Beratungs- und Förderzentrum auf das östliche Kreisgebiet.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP, FL-NEV, Die Linke und ALO, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion und einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 13 Erweiterung Schulstandort Geschwister-Scholl-Schule, Langen
Vorlage: 1218/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Der vorliegenden Entwurfsplanung und Kostenschätzung des Architekturbüros werk.um aus Darmstadt, zur Erweiterung der Geschwister-Scholl-Schule in Langen, wird mit geschätzten Gesamtkosten von 3.720.222,- € zugestimmt.
2. Die Finanzierung wird, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2020, auf der Haushaltsstelle 40.01.01/2063.84285310 sichergestellt. Hierzu werden von der Haushaltsstelle 40.01.01/2068.84285310 Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule Neu-Isenburg 1.320.222,- € auf die Haushaltsstelle der Geschwister-Scholl-Schule im Haushalt 2020 verschoben.
3. Die Finanzierung der Ausstattung i.H.v. geschätzten 80.000,- € erfolgt mit Mitteln aus der Haushaltsstelle 65.02.01.60630020.
4. Das Hausmeisterhaus und die Trafostation an der Geschwister-Scholl-Schule in Langen werden abgerissen. Die freigewordene Grundstücksfläche wird für die Schulerweiterung benötigt. Die Abrisskosten i.H.v. 83.300,- € sind in den Gesamtkosten enthalten.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 14 Erweiterung der Schule am Goldberg in Heusenstamm
Vorlage: 1225/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Der vorliegenden Entwurfsplanung und Kostenschätzung des Architekturbüros Lucas Architekten, Hainburg, zur Erweiterung der Schule am Goldberg, Heusenstamm, mit geschätzten Gesamtkosten von 650.000 €, wird zugestimmt.
2. Zur Finanzierung der Gesamtkosten sind vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2020 Mittel in Höhe von 650.000 € auf der Haushaltsstelle 40.01.06/2083.84285310 sichergestellt und hierzu werden aus der Haushaltstelle 40.01.11/0067.84285310 (sonstige Baumaßnahmen) Mittel verschoben.
3. Für die Finanzierung der Ausstattung sind im Haushaltsjahr 2021 auf der Haushaltsstelle 65.02.01.60630020 Mittel in Höhe von 35.000 € vorzusehen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 15 Erweiterung der Münchhausen-Schule Rodgau
Vorlage: 1237/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Der vorliegenden Entwurfsplanung und Kostenschätzung des Architekturbüros BinderJarczyk Darmstadt, zur Erweiterung der Münchhausen-Schule in Rodgau mit geschätzten Gesamtkosten von 2.905.719 € wird zugestimmt.
2. Die Finanzierung wird, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2020, auf der (neuen) Haushaltsstelle 40.01.01/2090.84285110 sichergestellt. Hierzu werden im HH 2020 von der Haushaltsstelle 40.01.01/2066.84285310 (Neubau 6. Grundschule, Langen) die Mittel verschoben. Die erforderlichen Restmittel zur Finanzierung der Maßnahme sind im HH 2021 bereitzustellen.
3. Die Finanzierung der Ausstattung in Höhe von 60.000 € erfolgt mit Mitteln aus der Haushaltsstelle 65.02.01.60630020 im HH Jahr 2021.
4. Die Stadt Rodgau wird sich vorbehaltlich der Zustimmung der politischen Gremien der Stadt Rodgau, im Rahmen der 1/3 – 2/3 Regelung (Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.05.2020, DS-Nr. 1146/2020) an den Kosten für die Betreuungsräume beteiligen (Anteil der Stadt ca. 736.000,00 €).

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 16 Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim
Beendigung des Fährbetriebs
Vorlage: 1235/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Der beigefügte Bericht über die Prüfungen zur Wiederinbetriebnahme der Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betrieb der Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim wird dauerhaft eingestellt.
3. Das Fährschiff sowie die zugehörigen Nebenanlagen werden veräußert bzw. verwertet. Sollte eine Veräußerung oder Verwertung nicht möglich sein, erfolgt die fachgerechte Entsorgung.

Erste Kreisbeigeordnete Jäger gibt Bericht zum aktuellen Sachstand und erläutert die Entwicklung des Fährbetriebes zwischen Mühlheim und Maintal-Dörnigheim. Sie verweist des Weiteren auf den erstellten Bericht zur Fähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim.

Abgeordneter Löbcke hat im Haupt- und Finanzausschuss für die Fraktion Die Linke folgenden Änderungsantrag vorlegt:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt jegliche Maßnahmen zur Einstellung der Fähre Mühlheim-Maintal-Dörnigheim einzustellen.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt ein Personalkonzept zur Gewinnung von qualifizierten und berechtigten Personen für einen künftigen Fährbetrieb der Querung Mühlheim-Maintal-Dörnigheim zu erarbeiten.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt mögliche Förderprogramme für die Fortführung bzw. den Neustart des Fährbetriebs mit Hinsicht auf Zuschüsse für Sach- und Personalkosten zu prüfen.
4. Der Kreisausschuss soll darauf hinwirken mit den anderen beteiligten Gebietskörperschaften eine möglichst solidarische Aufteilung der zu erwartenden Kosten, die durch die notwendigen Zuschüsse in den Betrieb entstehen werden, vorzunehmen.

Abgeordnete Hallman legt folgenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, FW und Die Linke vor, der den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ersetzt:

Der Kreistag Offenbach trägt dem Beschluss der

1. Stadtverordnetenversammlung der Stadt Maintal Rechnung und fasst zum jetzigen Zeitpunkt keinen Beschluss zum Thema Mainfähre. Weitere Untersuchungen sollen ermöglicht werden.

2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Personalkonzept zur Gewinnung von qualifizierten und berechtigten Personen für einen zukünftigen Fährbetrieb der Querung Mühlheim — Maintal- Dörnigheim zu erarbeiten.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, mögliche Förderprogramme für die Fortführung bzw. den Neustart des Fährbetriebes mit Hinblick auf Zuschüsse für Sach- und Personalkosten zu prüfen.
4. Über die Ergebnisse der Untersuchung und ggfs. weiterer Gespräche soll dem Kreistag zum gegebenen Zeitpunkt berichtet werden.

Abgeordneter Dr. Gericke legt für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag vor.

1. Der beigefügte Bericht über die Prüfung der Wiederinbetriebnahme der Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betrieb der Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim durch den Kreis Offenbach wird dauerhaft eingestellt.
3. Das Fährschiff sowie die zugehörigen Nebenanlagen werden zuvörderst der Stadt Mühlheim am Main sowie der Stadt Maintal für einen symbolischen Preis zum Kauf angeboten. Sofern ein entsprechender Verkauf an die vorstehend genannten Städte endgültig nicht realisiert werden kann, erfolgt eine Veräußerung bzw. Verwertung des Fährschiffes sowie der zugehörigen Nebenanlagen am freien Markt. Sollte eine Veräußerung oder Verwertung nicht möglich sein, erfolgt die fachgerechte Entsorgung.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Zuerst wird über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, FW und Die Linke abgestimmt.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP und FL-NEV, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, FW und ALO, den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, FW und Die Linke ab.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt anschließend über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FW, Die Linke und ALO, gegen die Stimmen der Fraktionen von AfD, FDP und FL-NEV, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Anschließend lässt Kreistagsvorsitzender Abeln über die Vorlage des Kreisausschusses abstimmen.

Der Kreistag beschließt sodann mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD, gegen die Stimmen der Fraktionen von AfD, Bündnis 90/ Die Grünen, FW, Die Linke und ALO, bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und FL-NEV, die Vorlage des Kreisausschusses.

Der Beschluss des Kreistages lautet wie folgt:

1. Der beigefügte Bericht über die Prüfungen zur Wiederinbetriebnahme der Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betrieb der Mainfähre Mühlheim/Maintal-Dörnigheim wird dauerhaft eingestellt.
3. Das Fährschiff sowie die zugehörigen Nebenanlagen werden veräußert bzw. verwertet. Sollte eine Veräußerung oder Verwertung nicht möglich sein, erfolgt die fachgerechte Entsorgung.

**TOP 17 Fortsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung in der Region Rhein-Main
Vorlage: 1205/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Die interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung in der Region Rhein-Main auf der Grundlage des Vertragswerks vom 21.12.1998 zur Neuordnung der Abfallwirtschaft in der Region-Main wird über den 31.12.2023 hinaus um mindestens weitere 10 Jahre fortgesetzt.

Dazu wird

1. § 9 Abs. 1 der Grundlagenvereinbarung vom 21.12.1998 wie folgt geändert:

§ 9.1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Vertragslaufzeit beginnt mit Abschluss des Vertrages und endet am 31.12.2033, falls mindestens eine Gebietskörperschaft spätestens 18 Monate vorher schriftlich kündigt.

Die übrigen Bestimmungen der Grundlagenvereinbarung, insbesondere § 9 Abs. 1 Satz 2, gelten unverändert fort.

2. Der Gesellschaftsvertrag der RMA i.d.F. vom 09.10.2012 wird wie folgt geändert:

§ 20 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Die ordentliche Kündigung ist mit einer Frist von 18 Monaten zum Ende des Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2033 zulässig.“

Im Übrigen gilt der Gesellschaftsvertrag unverändert fort.

Erste Kreisbeigeordnete Jäger erläutert die Vorlage des Kreisausschusses und verweist auf die unter anderem im Haupt- und Finanzausschuss gegebenen Sachstandsberichte.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, FW, Die Linke und ALO, gegen die Stimmen der Fraktion FL-NEV, die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 18 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie
Elternbeiträge in der Kindertagespflege
Vorlage: 1227/2020 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Für Betreuung von Kindern in der Kindertagespflege, die aufgrund der Zweiten Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus des Landes Hessen von der Betreuung ausgeschlossen waren (Betretungsverbot), wird für die Monate April und Mai 2020 keine Gebühr erhoben.
2. Für die Betreuung von Kindern im Rahmen der sogenannten Notbetreuung wird eine Gebühr erhoben. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Höhe der Gebühr entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme zu mindern.

Kreisbeigeordneter Müller erläutert die Vorlage des Kreisausschusses.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 19 Schulsanierung hier: Berichterstattung
Vorlage: 1164/2020 Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, den Sanierungsbedarf an den Schulen regelmäßig zu überwachen und festzustellen. Ein mittelfristiger Sanierungsplan (5 Jahre) wird erstellt.

2. Über den Sanierungsbedarf und die Planung soll der Kreistag mindestens 1x pro Jahr schriftlich informiert werden.
Der Bericht soll folgende Schwerpunkte beinhalten – aufgelistet nach den einzelnen Schulstandorten:
 - .1. Festgestellten Bedarf mit Kostenschätzung
 - .2. Alternative Lösungsmöglichkeiten mit Kostenschätzung
 - .3. Zeitplanungen für die Maßnahmen
 - .4. Abgeschlossene Maßnahmen: dargestellt mit veranschlagten Kosten und realen Kosten

3. Bei allen baulichen Maßnahmen sollen folgende Prinzipien grundsätzlich beachtet werden:
 - 3.1 Passivhausstandard
 - 3.2 Einbau / Nutzung von Regenwassernutzung
 - 3.3 Standortnahe Versickerungsmöglichkeiten von nicht genutztem Regenwasser
 - 3.4 Möglichst vollständige Ausnutzung der Dachflächen für solare Energieversorgung
 - 3.5 Barrierefreiheit

4. Der Abwägungsvorgang zu den einzelnen Kriterien ist jeweils zu dokumentieren. Beschlussvorlagen soll diese Dokumentation beigefügt werden.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, FDP, FW, FL-NEV und ALO, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

TOP 20 Plastikvermeidung an Schulen
Vorlage: 1162/2020 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grüne lautet wie folgt:

1. Der Kreistag unterstützt Bemühungen zur Vermeidung von Einweg – Plastik.
2. Mit diesem Ziel wird der Kreisausschuss aufgefordert, die Schulen für eine Umstellung zu motivieren und bei der Umstellung zu unterstützen, die im Rahmen der Verpflegung der Schüler*innen noch regelmäßig Einweg – Plastik nutzen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, FDP, FL-NEV und ALO, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und FW, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

**TOP 21 Korruptionsbekämpfung
Transparenz mit Vertragspartnern
Vorlage: 1163/2020 Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, bei zukünftigen Vertragsabschlüssen mit Dienstleistern für den Kreis sicherzustellen,

- a) dass bei größeren Organisationen Compliance – Richtlinien und / oder Richtlinien zur Korruptionsbekämpfung verbunden mit einem funktionierenden Compliance Management System implementiert sind,
- b) dass bei kleinen Organisationen im Vertrag entsprechende Grundsätze vereinbart werden.

Kreisbeigeordneter Müller informiert über den aktuellen Sachstand und verweist auf die unter anderem im Haupt- und Finanzausschuss gegebenen Berichte.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, FDP, FW, FL-NEV und ALO, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

**TOP 22 Möglichkeiten der Telemedizin zur Unterstützung der Seuchenvorbeugung im
Kreis Offenbach
Vorlage: 1158/2020 ALO**

Der Antrag der ALO-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit die Möglichkeiten telemedizinischer Betreuung die ärztliche Versorgung im Landkreis unterstützen, fördern und somit zu einem zukunftsweisenden Gesamtkonzept beitragen und in welchem Umfang diese bereits eingesetzt werden können.

In diesem Zusammenhang wird der Kreisausschuss in Abstimmung mit dem Fachbereich Gesundheitsamt gebeten, die im Landkreis ansässigen ärztlichen Versorgungszentren, Fach- und Hausarztpraxen umfassend in Planungen mit einzubeziehen sowie ebenso eine überregionale Vernetzung z.B. mit weiteren Kooperationspartnern aktiv zu fördern.

Eine Abstimmung mit den bereits auf Landesebene laufenden Projekten wie etwa dem hessischen "Kompetenzzentrum für Telemedizin und E-Health" sollte ebenfalls erfolgen. Das gilt auch im Hinblick auf die Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass zu Beginn der Kreistagssitzung Abgeordneter Roos für die ALO-Fraktion den Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt hat.

**TOP 23 Unterstützung der Einführung von Mobile Retter Apps durch den Kreis
Vorlage: 1160/2020 ALO**

Der Antrag der ALO-Fraktion lautet wie folgt:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Einführung einer Mobile-Retter-App unter wirtschaftlich vertretbaren Voraussetzungen im Kreis möglich ist. Dabei soll auch geprüft werden, ob die technischen Voraussetzungen in der Integrierten Rettungsleitstelle vorliegen bzw. die Kosten ermittelt werden, um die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Ein Ergebnis ist dem Kreisausschuss bei der nächsten Sitzung vorzustellen.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass zu Beginn der Kreistagssitzung Abgeordneter Roos für die ALO-Fraktion den Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt hat.

**TOP 24 Berichtsantrag zu Engpässen bei Hygieneartikeln im Landkreis im Rahmen der
Verbreitung des Coronavirus
Vorlage: 1159/2020 ALO**

Der Antrag der ALO-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss möge prüfen und berichten,

ob es aktuell Engpässe an wesentlichen Hygieneartikeln wie Atemschutzmasken und Desinfektionsmitteln im Kreis Offenbach gibt und in welchem Ausmaß diese sich darstellen:

- a) In Bezug auf die Verfügbarkeit für die allgemeine Bevölkerung (Bezug über Apotheken oder Drogeriemärkte)
- b) In Bezug auf die Funktionalität der medizinischen Versorgung, insb. bzgl. Arztpraxen, Krankenhäuser, Notfallmedizinische Einrichtungen

Sowie bewerten, inwieweit im Rahmen der Katastrophenschutzvorsorge des Kreises ein Not-fallbestand mit Hygieneartikeln aufzubauen ist und den Kreistag über diese Bewertung zu unterrichten.

Dieser Bericht ist halbjährlich dem Kreistag vorzulegen.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass zu Beginn der Kreistagssitzung Abgeordneter Roos für die ALO-Fraktion den Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt hat.

**TOP 25 Verzicht auf Laubbläser
Vorlage: 1165/2020 Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

Zum Schutz der Gesundheit und der Natur, zur Vermeidung von Luftbelastung und zur Lärmentlastung verzichtet der Kreis Offenbach zukünftig auf die Nutzung von Laubbläsern.

Wenn auf die Nutzung in Ausnahmefällen nicht verzichtet werden kann, werden ausschließlich akkubetriebene Geräte zum Einsatz gebracht.

Abgeordnete Wagner legt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen folgenden geänderten Antrag vor, der den Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ersetzt:

Zum Schutz der Gesundheit und der Biodiversität, zur Vermeidung von Luftbelastung und zur Lärmentlastung wird der Kreisausschuss aufgefordert, den Verzicht von Laubbläsern und Laubsaugern zu prüfen.

Dabei soll geprüft werden, ob und wo zukünftig auf den Einsatz komplett oder teilweise verzichtet werden kann und wo zumindest akkubetriebene Geräte zukünftig eingesetzt werden können bzw. alte Geräte sukzessive ersetzt werden können.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, FL-NEV und ALO, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, FW und Die Linke, bei Stimmenthaltung einer Stimme der AfD-Fraktion, den geänderten Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

**TOP 26 Einführung eines „to-go“-Mehrwegbecher-Pfandsystems im Kreis Offenbach
Vorlage: 1166/2020 FDP**

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt:

- 1) Die Einführung eines „to-go Mehrwegbecher-Pfandsystems“ mit Bio-Pfandbechern für den Kreis Offenbach („to-go Pfandsystem“) umfassend zu prüfen. Dabei sind unter anderem die nachstehend genannten, bestehenden, Systeme (öffentlich/privat) sowie die Erfahrungen daraus einzubeziehen:
 - a. „Main Becher“ - Ein Pfandsystem für ganz Frankfurt
 - b. „Main Kinzig Krug“ - To-Go Pfandbechersystem für den Main-Kinzig-Kreis
 - c. „Recup“ u.a. privatwirtschaftliche Pfandsysteme, z.T. mit öffentlicher Teilnahme
- 2) Zu eruiieren und darzustellen in Zusammenarbeit mit wie vielen und welchen kreisangehörigen Kommunen der zeitnahe Start eines Anschub- bzw. Probetriebes zur Einführung eines „to-go Mehrwegbecher-Pfandsystems“ für den Kreis Offenbach sinnvoll und machbar ist. Dies insbesondere mit Blick auf die Teilnahme an bestehenden, privatwirtschaftlichen Pfandsystemmodellen.
- 3) Darzustellen mit welchen Anlaufkosten (Bio-Becher, Bio-Deckel, Bio-Pfandmarken aus möglichst regionaler Herstellung und ggf. Einrichtung eines bargeldlosen Systems zum Erwerb der Pfandmarken) bei welchem Pfandsystem (ggf. vergleichend) für den Kreis Offenbach für den Start eines Anschub-, bzw. Probetriebes eines „to-go Mehrwegbecher-Pfandsystems“ im Kreis Offenbach zu rechnen ist.

Abgeordneter Kremeier hat im Haupt -und Finanzausschuss für die Fraktion Bündnis 90/ ie Grünen folgenden Änderungsantrag zum Antrag der FDP-Fraktion vorgelegt:

Absatz 1) wird ersetzt durch:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Einführung eines „to-go“ Mehrwegbecher-Pfandsystems als Anschluss eines bereits bestehenden Systems zu prüfen.

Absatz 2) bleibt unverändert.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, FDP, FL-NEV und ALO, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt anschließend über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, FL-NEV und ALO, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und Die Linke, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**TOP 27 Einführung einer Richtlinie für die Verfahrensweise bei der Antragsbearbeitung zur schulischen Teilhabeassistenz im Kreis Offenbach
Vorlage: 0978/2019 Die Linke**

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

Der Kreistag beschließt die Einführung der vorliegenden „Richtlinie für die Verfahrensweise bei der Antragsbearbeitung zur schulischen Teilhabeassistenz im Kreis Offenbach.“

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass die Fraktion Die Linke im Haupt -und Finanzausschuss ihren Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 09. September 2020 zurückgestellt hat.

**TOP 28 Änderung der Satzung des Landkreises Offenbach über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)
Einführung einer Härtefallregelung
Vorlage: 1168/2020 Die Linke**

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

D
er Kreistag beschließt die im Anhang (Anhang 1) beigefügte Satzungsänderung für die Erhebung von Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Geflüchteten im Kreisgebiet.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass Abgeordneter Löbcke zu Beginn der Kreistagssitzung für die Fraktion Die Linke ihren Antrag zurückgezogen hat.

**TOP 29 Resolution gegen die Entmündigung migrantischer Mitbürger*innen!
Vorlage: 1241/2020 Die Linke**

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

Der Kreistag setzt sich für den Erhalt der Mitbestimmungsorgane von migrantischen Bürger*innen in ihrer jetzigen Form – Ausländerbeiräte in Städten, Gemeinden und Landkreis – ein. Von dem auf Landesebene beschlossenen „Optionsmodell“ nimmt der Kreistag – und der Landrat in Person – Abstand.

Abgeordneter Heilos legt für die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag vor:

1. Der Kreistag unterstützt auch weiterhin die Arbeit des Ausländerbeirats im Kreis Offenbach.
2. Der Kreistag unterstützt die Bildung eines Ausländerbeirats für den Kreis aus den am 14. März 2021 gewählten Ausländerbeiräten der Kreiskommunen. Die Hauptsatzung, die die Zusammensetzung des Kreisausländerbeirats in § 6 regelt, bleibt diesbezüglich unverändert.

Kreistagsvorsitzender Abeln weist darauf hin, dass dieser gemeinsame Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke sowohl den Ursprungsantrag der Fraktion Die Linke als auch den im Haupt -und Finanzausschuss vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ersetzt:

Abgeordneter Kruger legt für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag vor:

1. Die Kreistag Offenbach stellt fest, dass die Ausländerbeiräte eine grundsätzliche und wichtige Aufgabe bei der Interessensvertretung der ausländischen Mitbürger/-innen in den Städten und Gemeinden, den Landkreisen sowie auch hessenweit erfüllen. Der Kreistag Offenbach würdigt ausdrücklich diese Arbeit der Ausländerbeiräte auf allen Ebenen als unverzichtbar für die politische Teilhabe und für ein gemeinschaftliches Zusammenleben.
2. Der Kreis Offenbach unterstützt auch weiterhin die Arbeit des Kreisausländerbeirates Offenbach und wertschätzt die ehrenamtliche Arbeit seines Vorstandes und der Delegierten in besonderem Maße.
3. Der Kreis Offenbach unterstützt im Rahmen seiner Zuständigkeit sowie seiner Möglichkeiten die Aktivitäten und Bemühungen des Kreisausländerbeirates Offenbach im Zusammenhang mit der nächsten Ausländerbeiratswahl am 14. März 2021.

Der Vorsitzende des Kreisausländerbeirates, Herr Hüsamettin Eryilmaz, gibt einen Bericht über den aktuellen Sachstand und stellt die Auffassung des Kreisausländerbeirates zu dieser Thematik dar.

Kreistagsvorsitzender Abeln lässt zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, FW, FL-NEV und Die Linke, gegen die Stimmen der Fraktionen von AfD und ALO, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Kreistagsvorsitzender Abeln stellt fest, dass sich damit eine Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke erübrigt hat.

**TOP 30 Der Kreis Offenbach ist international: Gegen Extremismus und für
Weltoffenheit
Vorlage: 1161/2020 Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

1. Der Kreis Offenbach ist weltoffen und tolerant. Der Kreistag wird sich dafür stets mit Nachdruck engagieren und sich jeder Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit entgegenstellen.
2. Der Kreis Offenbach betont dies mit dem Namenszusatz: „Internationaler Kreis Offenbach“
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, dies mit öffentlichen Veranstaltungen unter dem Titel „Wir sind international – gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ zu unterstreichen. Eine solche Veranstaltung findet mindestens 1x pro Jahr statt.

Der im Ausschuss Europa, Kultur, Sport, Ehrenamt und Integration vorlegte
Änderungsantrag der ALO-Fraktion lautet wie folgt:

1. Der Kreis Offenbach ist und bleibt nationalpatriotisch und wehrt sich auf Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik zum Ausdruck kommt, gegen jede Form von Extremismus. Er ist sich darüber hinaus des Fleißes und der preußischen, neuen und alten Tugenden seiner Bürgerinnen und Bürger bewusst, die durch Umsetzung derselben eine existentielle, friedfertige, wirtschaftliche Grundlage schaffen und dadurch zum Erhalt unserer freiheitlichen Demokratie wesentlich beitragen.
2. Der Kreis Offenbach betont dies mit dem Namenszusatz „Nationalpatriotischer Kreis Offenbach“.
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, dies mit öffentlichen Veranstaltungen unter dem Titel „Wir schützen die freiheitliche Demokratie und somit die guten, preußischen Traditionen, die uns die wirtschaftliche Grundlage für diesen Schutz gegen alle Formen des Extremismus bieten.“ zu unterstreichen. Eine solche Veranstaltung findet mindestens einmal pro Jahr statt.

Als Tischvorlage liegt, wie im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt, ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion aus:

Der Kreistag möge beschließen, dass der Kreis Offenbach das Selbstverständnis vertritt, stets für die Verteidigung der Demokratie einzustehen.

Weiterhin liegt als Tischvorlage folgender geänderter Änderungsantrag der ALO-Fraktion aus:

1. Der Kreis Offenbach ist und bleibt patriotisch und wehrt sich auf Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik zum Ausdruck kommt, gegen jede Form von Extremismus. Er ist sich darüber hinaus des Fleißes und der preußischen, neuen und alten Tugenden seiner Bürgerinnen und Bürger bewusst, die durch Umsetzung derselben eine existentielle, friedfertige, wirtschaftliche Grundlage schaffen und dadurch zum Erhalt unserer freiheitlichen Demokratie wesentlich beitragen.
2. Der Kreis Offenbach betont dies mit dem Namenszusatz „Patriotischer Kreis Offenbach“.
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, dies mit öffentlichen Veranstaltungen unter dem Titel „Wir schützen die freiheitliche Demokratie und somit die guten, preußischen Traditionen, die uns die wirtschaftliche Grundlage für diesen Schutz gegen alle Formen des Extremismus bieten.“ zu unterstreichen. Eine solche Veranstaltung findet mindestens einmal pro Jahr statt.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass zu Beginn der Kreistagssitzung Abgeordneter Butz für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Ursprungantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt hat und damit auch alle gestellten Änderungsanträge zurückgestellt sind.

**TOP 31 Ergänzungsantrag zur Geschäftsordnung
Bürgerfragen im Kreistag
Vorlage: 1167/2020 ALO**

Der Antrag der ALO-Fraktion lautet wie folgt:

Dem §12 „Sitzungsleitung, Öffentlichkeit“ der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Offenbach, wird §12 b mit folgendem Inhalt hinzugefügt:

Auf die Tagesordnung jeder Kreistagssitzung wird generell nach dem

Tagesordnungspunkt „Beantwortung von Anfragen“ der Tagesordnungspunkt „Bürgerfragen im Kreistag“ hinzugefügt. Dieser Tagesordnungspunkt gibt jedem Bürger des Kreises die Möglichkeit, Fragen an den Kreistag zu stellen oder Anregungen zu Kreisangelegenheiten geben zu können. Der Tagesordnungspunkt wird zeitlich auf 30 Minuten begrenzt. Die Fragen können bis zu 7 Tage vor jeder Kreistagssitzung eingereicht und/oder spontan gestellt werden.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass zu Beginn der Kreistagssitzung Abgeordneter Roos für die ALO-Fraktion den Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt hat.

**TOP 32 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung
Erinnerungskultur im Kreis Offenbach wachhalten
Eine Ausstellung über Krieg und Verfolgung im Kreis Offenbach
Vorlage: 1238/2020 Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss will die Erinnerung an die Gräueltaten des Krieges und des Naziregimes im Kreisgebiet wachhalten.

Mit diesem Ziel wird der Kreisausschuss aufgefordert, in Kooperation mit den Kommunen, den örtlichen Initiativen und Vereinen eine Ausstellung zu initiieren. Diese soll Zeugnisse der nationalsozialistischen Willkürherrschaft, des Krieges, der Aussetzung des Rechtsstaats – auch innerhalb der Verwaltungsebenen im Kreisgebiet - und der Verfolgung von Minderheiten im Kreisgebiet umfassen. Ebenso sollen die bislang schon existierenden Formen des Gedenkens im Kreis, wie z.B. Stolpersteine, das Lager Rollwald in Rodgau, die Synagoge in Hainburg oder das Berta- Pappenheim- Haus in Neu- Isenburg dargestellt werden.

Die Ausstellung sollte sowohl als Wanderausstellung als auch perspektivisch als Dauerausstellung konzipiert sein.

Im Rahmen der Beratung im Ausschuss Europa, Kultur, Sport, Ehrenamt und Integration Erste Kreisbeigeordnete Jäger hat zugesagt, dass der Kreisausschuss einen entsprechenden Sachstandsbericht vorlegen wird. Sie hat jedoch hingewiesen, dass aufgrund des Umfangs und notwendigen Abfragen bei den verschiedenen Organisationen sowie der erhöhten Arbeitsbelastung durch die Coronapandemie ein Bericht bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9 September 2020 nicht möglich ist.

Kreistagsvorsitzender Abeln teilt mit, dass stellt aufgrund des von Frau Erste Kreisbeigeordnete Jäger zugesagten Berichtes Abgeordneter Butz für den Antragsteller den Antrag der Fraktion Bündnis /90 Die Grünen bis zur Vorlage dieses Berichtes zurückgestellt hat.

**TOP 33 Beendigung der Regionenpartnerschaft mit dem polnischen Powiat Radomszczanski (Kreisstadt: Radomsko)
Vorlage: 1236/2020 Die Linke**

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

Der Kreistag beschließt die Beendigung der Partnerschaft mit dem polnischen Powiat Radomszczanski (Kreisstadt: Radomsko) und beauftragt den Kreisausschuss mit der Umsetzung der hierzu notwendigen formalen Schritte sowie der entsprechenden Kommunikation.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass Abgeordneter Löbcke zu Beginn der Kreistagssitzung für die Fraktion Die Linke den Antrag zurückgezogen hat.

**TOP 34 Vorbereitung von COVID19-Reihentests durch den Katastrophenschutz des Kreises Offenbach
Vorlage: 1239/2020 ALO**

Der Antrag der ALO-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen,

welche finanziellen und Mittel benötigt werden, um die Katastrophenschutzbehörden in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Kreises Offenbach in die Lage zu versetzen,

sich ein realistisches Bild über die tatsächliche COVID19-Infektionslage zu machen, in dem auf freiwilliger Basis COVID19-Reihentests für

- A) 5% der Bevölkerung des Kreises Offenbach (also ca. 17.700 Einwohner)
- B) 10% der Bevölkerung des Kreises Offenbach (also ca. 35.400 Einwohner)
- C) 25% der Bevölkerung des Kreises Offenbach (also ca. 88.500 Einwohner)

durchzuführen wären (Statistische Grundlage: 354.092 Einwohner (31. Dez. 2018)).

Der Kreisausschuss wird auch beauftragt, in geeigneter Weise und explizit dazu Stellung zu nehmen, ob es aus Sicht des Kreises Offenbach wünschenswert ist, nicht nur die explizit gemeldeten Neuerkrankungen gemeldet zu erhalten, sondern sich ein tatsächliches Bild über die wirkliche Corona-Maßnahmen zu verschaffen sowie darüber Auskunft zu erteilen, ob in dieser Hinsicht bereits Überlegungen und aktive Maßnahmen seitens des Kreises getroffen wurden.

Der Kreisausschuss wird hiermit auch beauftragt, ein entsprechendes Durchführungsszenario von COVID19-Reihentests im obigen Sinne zu erarbeiten und zu erstellen.

Kreistagsvorsitzender Abeln gibt bekannt, dass zu Beginn der Kreistagssitzung Abgeordneter Roos für die ALO-Fraktion den Antrag bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. September 2020 zurückgestellt hat.

TOP 35 Digitales Lernen im Kreis Offenbach – Bildungsgerechtigkeit während und nach Corona
Vorlage: 1240/2020 FDP

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach wird beauftragt:

- 1) Die Schulen im Kreis Offenbach bei ihren Bemühungen zur Umsetzung und Realisierung des „digitalen Lernens“ bestmöglich zu unterstützen. Hierbei sind neben den schulalltäglichen bzw. innerschulischen Belangen auch die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des „Homeschooling“ sowie des „Homelearning“ in den Blick zu nehmen.
- 2) Den Schulen im Kreis Offenbach bei der Aufrüstung und Optimierung der technischen Ausstattung für die Schulverwaltungen (inkl. Sekretariate) und die Lehrkräfte die erforderlichen Hilfestellungen zukommen zu lassen.
- 3) Die Schulen im Kreis Offenbach bei den begleitenden Aufgaben hinsichtlich des „digitalen Lernens“, z.B. Hard- und Softwareanschaffungen, Lizenzverlängerungen, Overheadkosten, Fortbildungen, personeller Fachsupport, usw., bestmöglich zu unterstützen.
- 4) Zur Sitzung des Schulausschuss am 01.12.2020 einen schriftlichen Bericht über die konkret erfolgten und geplanten Unterstützungsmaßnahmen an den Schulen betreffend das „digitale Lernen“ (welche Maßnahme an welcher Schule) im Sinne der vorstehenden Ziffern 1) bis 3) vorzulegen.

Die Kosten für die diversen Unterstützungsmaßnahmen zum „digitalen Lernen“ sind aus den laufenden Haushaltsmitteln der Kreisverwaltung darzustellen. Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, in welchem Umfang im Haushaltsplan 2020 des Kreises die eingestellten laufenden und investiven Mittel für die Digitalisierung der Schulen bis Ende des Jahres 2020 tatsächlich verbraucht werden.

Erste Kreisbeigeordnete Jäger gibt einen Bericht über den aktuellen Sachstand und verweist insbesondere auf den im Haupt- und Finanzausschuss gegebenen Bericht.

Die Corona Pandemie stellt die Schulen vor massive Herausforderungen. Die Bereitstellung einer einheitlichen, medienunabhängigen Plattform für den virtuellen Unterricht ist dringend und zeitnah notwendig.

Der Fachdienst Informationstechnologie hatte sich, bereits vor dem Lockdown, zusammen mit dem Medienkompetenzzentrum bezüglich Techniken für den alternativen Unterricht beschäftigt, allerdings ist zum jetzigen Zeitpunkt die Dringlichkeit weitaus höher und datenschutzrechtliche Mängel beseitigt.

Das Produkt Microsoft Teams ermöglicht das virtuelle Lehren und Lernen und somit kollaboratives Arbeiten zwischen Lehrern und Schülern. Dokumentenaustausch, Chatten und Videokonferenzen sind dabei die Kernfunktionen. Die Zusammenarbeit ist von jedem internetfähigen Gerät, egal ob PC, Tablet oder Handy möglich.

Die Lizenzierung von Microsoft sieht vor, dass allen Schulen TEAMS für Schülerinnen, Schüler und Lehrkörper kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Die größte Herausforderung ist hier nicht die Beschaffung der Lizenzen, sondern der Aufwand für Einrichtung und Rollout an unseren 86 Schulen. Dem Fachdienst Informationstechnologie liegt ein Angebot vor. Zur Vergleichbarkeit und zur Einhaltung der vergaberechtlichen Vorgaben werden derzeit weitere, vergleichbare Angebote eingeholt.

Der Kreisausschuss wird dann in den nächsten Wochen über die Auftragsvergabe beschließen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/ Die Grünen und FL-NEV, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Fraktionen FW und Die Linke, den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Die ALO-Fraktion hat an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

**TOP 36 Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht akzeptabel
Vorlage: 1253/2020 CDU und SPD**

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD lautet wie folgt:

Der Kreistag des Kreises Offenbach verurteilt gewalttätige Angriffe auf Polizei und Feuerwehr in Dietzenbach in der Nacht von Donnerstag, 28.05.2020 auf Freitag, 29.05.2020, auf das Schärfste.

Der Kreistag des Kreises Offenbach bekräftigt die Ablehnung jedweder Form von Gewalt. Insbesondere aber die ausgeübte Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht akzeptabel und muss strafrechtlich verfolgt werden.

Der Kreistag des Kreises Offenbach bekundet seine Solidarität mit allen haupt- und ehrenamtlichen Helfern, die kamen um zu helfen. Wir bekunden deshalb unseren besonderen Respekt vor den bei dieser Tat Angegriffenen, aber auch vor allen Menschen, die in Beruf oder Freizeit mit ihrem persönlichen Einsatz, bei Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdiensten, einen unschätzbaren Beitrag leisten, dass unsere Gesellschaft ein humanes Gesicht hat und auf der Grundlage von Menschlichkeit, Freiheit und Demokratie zusammenlebt.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, FW, FL-NEV, Die Linke, gegen die Stimmen von vier Mitgliedern der AfD-Fraktion, den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Die ALO-Fraktion hat an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

Bernd Abeln
Vorsitzender

Wigbert Appel
Schriftführer